

T-01 Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 29.04.2024

Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung

Antragstext

- 1 1. Formalia
- 2 2. Politische Rede
- 3 3. Machen, was zählt! Europa und Kommunalwahlen
- 4 4. Verschiedenes

Beschluss (vorläufig) Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.06.2024
Tagesordnungspunkt: EK Machen, was zählt! Europa- und Kommunalwahlen

Antragstext

1 Es erscheint uns heute als Selbstverständlichkeit, dass am 9. Juni rund 400
2 Millionen Menschen in 27 Ländern in freien Wahlen ein gemeinsames Parlament
3 wählen können. Doch diese Gewissheit, das feste Fundament unseres gemeinsamen
4 Europa, wurde uns nicht geschenkt, sondern hart erarbeitet – heute muss es
5 verteidigt werden. Mutige Frauen und Männer haben vor weniger als achtzig Jahren
6 begonnen, es zu errichten. Sie haben es auf den Trümmern errichtet, die
7 Fanatismus, Nationalismus und Krieg unserem Kontinent beschert haben. Dass wir
8 in Deutschland, das diese Verwüstungen zu verantworten hatte, heute sicher in
9 Freiheit, Frieden und Wohlstand leben können, verdanken wir dem europäischen
10 Fundament.

11 Doch dieses ist ohne Demokratie nicht denkbar. Das vereinigte Europa hat
12 Demokratie gesichert, wo Unrecht und Unterdrückung herrschten, zunächst in
13 Deutschland und Italien, dann in Spanien, Portugal und Griechenland, zuletzt vor
14 dreißig Jahren in Staaten Mittel- und Osteuropas wie etwa Polen oder Rumänien.
15 Heute ist die blaue Flagge mit den zwölf Sternen für die Menschen, die in der
16 Ukraine, in Georgien oder in Bosnien um ihre Demokratie kämpfen, das Symbol für
17 diesen Traum, der ein Traum von einem besseren Leben ist.

18 Die AfD und ihresgleichen wollen diesen Traum zerstören. Sie wollen die
19 Gewissheiten zerstören, die Europa erfolgreich gemacht haben. Denn sie leben von
20 den Ängsten und Sorgen der Menschen. Deshalb greifen sie das Fundament der
21 europäischen Demokratie an. Deshalb wollen sie die Freiheit beschneiden. Deshalb
22 wollen sie spalten.

23 „Es liegt in der Natur der europäischen Zusammenarbeit, die Freiheit zu
24 bestärken, deren Wert sich oft erst dann erschließt, wenn man sie verloren hat.“
25 Das sagte Simone Veil bei der Eröffnung des ersten direkt gewählten Europäischen
26 Parlaments im Jahr 1979. Spätestens seit dem Treffen Rechtsextremer in Potsdam
27 im Januar 2024 wird deutlich, wie die AfD, wie die Rechten unsere Gesellschaft
28 und unseren Zusammenhalt zerstören wollen. Sie sind offen rassistisch und
29 vertreten ein völkisches Weltbild, das Bevölkerungsgruppen ausschließt und ihnen
30 damit ihre Bürgerrechte und ihre Freiheit abspricht. Damit zerstören sie das
31 Grundprinzip der Demokratie: dass alle Bürger*innen die gleichen Rechte haben,
32 dass jeder Mensch vor dem Gesetz gleich ist. Es ist klar, was auf dem Spiel
33 steht: Wir könnten alles verlieren, was wir durch die EU gewonnen haben.

34 Millionen von Menschen in Deutschland in ganz Europa demonstrieren daher seit
35 Monaten, dass sie angesichts einer erstarkten Rechten den Wert der Freiheit
36 verteidigen wollen. Bei der Wahl am 9. Juni gilt es, diese Bewegung von der
37 Straße an die Wahlurne zu bringen – und in die Parlamente, in Brüssel und in
38 zahllosen Städten und Gemeinden im ganzen Land. Denn die Zukunft unserer
39 europäischen Demokratie wird nicht nur in Brüssel und Straßburg, in Luxemburg

40 und Warschau verhandelt, sondern auch in Stadtparlamenten, Kreistagen und
41 Gemeinderäten in Dessau oder Landstuhl, in Potsdam oder Konstanz.

42 Bei dieser Wahl treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, ihren Beitrag zum Schutz des
43 demokratischen Fundaments der EU zu leisten. Wir treten an, es zu schützen und
44 zu stärken – und darauf eine Politik des Mutes, der Zuversicht und des
45 Zusammenhalts zu bauen. Eine Politik, die macht, was zählt.

46 Wir treten dafür an, den Weg des immer engeren Zusammenwachsens der
europäischen
47 Völker – der im EU-Vertragswerk festgeschriebenen „Ever Closer Union“ –
48 weiterzugehen. Dieser Weg hat uns seit fast achtzig Jahren einen stetig
49 wachsenden Wohlstand, mehr Freiheit und einen dauernden Frieden beschert. Wir
50 schützen die europäische Demokratie nicht zuletzt, indem wir sie wirksam werden
51 lassen, indem wir mit ihrer Hilfe Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Frieden
52 mehren.

53 Deshalb setzen wir uns auch für eine Weiterentwicklung der EU ein: Auf der
54 Konferenz zur Zukunft Europas haben europäische Bürger*innen klar zum Ausdruck
55 gebracht, dass sie Verträgsänderungen unterstützen, die die EU stärken und ihr
56 mehr Kompetenzen verleihen. Dazu zählen die Vertiefung der europäischen
57 Demokratie und eine Beschränkung nationaler Vetorechte. Als Grüne unterstützen
58 wir diese Vorschläge und die Zukunftskonferenz als Beispiel für die Beteiligung
59 von Bürger*innen.

60 Denjenigen, die statt Einigkeit Spaltung, statt Lösungen Unversöhnlichkeit,
61 statt Europa Nationalismus wollen, stellen wir uns in voller Überzeugung
62 entgegen. Und wir stehen dabei nicht allein. Wir stehen dabei in einem Bündnis
63 mit den vielen Menschen auf der Straße, mit den Vereinen und Unternehmen,
64 Gewerkschaften und Initiativen, die diese Bewegung tragen. Wir werben bei ihnen
65 um Unterstützung für unsere Positionen. Selbstverständlich aber stehen wir in
66 diesem kritischen Moment auch an der Seite all derjenigen, mit denen wir um
67 Positionen und Lösungen streiten, gleichwohl aber das Bekenntnis zum Streit in
68 einer lebendigen Demokratie teilen. Es ist die Stunde des Bündnisses aller
69 demokratischen Kräfte.

70 **Demokratisch und europäisch vorgehen**

71 Deswegen ist für uns klar: Eine Koalition mit rechten Europafeinden darf es
72 nicht geben – in der EU ebenso wenig wie in Deutschland. Die Brandmauer unseres
73 europäischen Hauses ist keine Verhandlungsmasse. Das beinhaltet die Bildung
74 einer Mehrheit sowohl mit der ID-Fraktion (Identität und Demokratie) als auch
75 mit der EKR-Fraktion (Europäische Konservative und Reformen) im Europäischen
76 Parlament. In beiden Fraktionen sammeln sich rechtsextreme Parteien. Die
77 Rechtsextremen in Europa wollen uns alle schwächen: Sie tragen nicht die
78 Anliegen der Europäer*innen im Herzen, sondern die Interessen von Diktaturen im
79 Geldbeutel. Die Europäische Volkspartei muss sich entscheiden, ob sie in der
80 Tradition pro-europäischer Konservativer wie Robert Schuman oder Alcide de
81 Gasperi mit gebündelten Kräften der Demokratie die Herausforderungen unserer
82 Tage angehen oder mit den Kräften der nationalistischen Isolation die EU
83 aushöhlen und damit die Chancen für unseren Kontinent untergraben will.

84 Um das demokratische Fundament der EU zu sichern, brauchen wir
85 Kompromissfähigkeit und Zusammenhalt. Dafür steht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für

86 dieses demokratische Fundament steht unsere Partei nicht zuletzt auch in der
87 Tradition von Bündnis 90 und der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und Osteuropa,
88 die unter großem persönlichen Einsatz Freiheit und Demokratie vor 35 Jahren in
89 der friedlichen Revolution erstritten hat. Wir stehen für eine Koalition der
90 Zuversicht, die das Leben der Menschen spürbar besser macht. Dafür wollen wir
91 nach der Wahl Verantwortung übernehmen.

92 Wir nehmen die Bedrohung der Demokratie in all ihren Facetten in den Blick. Dazu
93 zählt auch die Einflussnahme von außerhalb, insbesondere Russlands und Chinas,
94 die nicht zuletzt über ihre Verbindungen zu den rechtsextremen Parteien in der
95 EU ausgeübt wird. Wir kämpfen dafür, dass Korruption und Einflussnahme in den
96 europäischen Institutionen konsequent zurückgedrängt werden. Durch eine
97 europäische Nachrichtendienstagentur wollen wir die Kräfte der europäischen
98 Mitgliedstaaten gegen Sabotage, Spionage, Desinformation und Destabilisierung
99 von außen bündeln.

100
101 Zum Schutz unserer Demokratie gehört eine freie Presse unabdingbar dazu. Sie ist
102 in ganz Europa unverzichtbar für die demokratische Meinungsbildung. Kritischer
103 und unabhängiger Journalismus braucht besonderen Schutz - vor Einschüchterung,
104 Überkonzentration von Medienbesitz und staatlicher Einflussnahme. Deshalb
105 unterstützen wir den European Media Freedom Act, um Pressefreiheit zu schützen.
106 Deshalb setzen wir uns auch für praktikable Finanzierungsinstrumente zur
107 Stärkung journalistischer Inhalte ein und für die Entwicklung paneuropäischer
108 Medienangebote.

109 Vor allem aber wollen wir diejenigen schützen, die die Demokratie jeden Tag aufs
110 Neue zum Leben erwecken, sei es im Europäischen Parlament, in den Stadträten
111 oder am Wahlkampfstand. Es braucht umfassende, praxistaugliche Schutzkonzepte,
112 die einen sicheren Wahlkampf ermöglichen. Dazu zählt, dass die Polizei in der
113 Fläche präsent ist und entsprechende Schwerpunkte setzt. Die Innenminister*innen
114 von Bund und Ländern stehen hier in der Verantwortung. Denn der offene
115 Meinungs austausch, die Diskussion und der faire Streit im öffentlichen Raum sind
116 Kernelement der Demokratie, die wir unbedingt verteidigen müssen.

117 Das ist besonders für all diejenigen von Bedeutung, die die Demokratie Tag für
118 Tag vor Ort leben, indem sie sich ehrenamtlich für die Belange unserer
119 Gemeinschaft einsetzen. Millionen in unserem Land ringen in langen Nächten in
120 Gemeinderäten darüber, wie ihr Dorf oder ihre Stadt lebenswerter werden kann,
121 schützen in Freiwilligen Feuerwehren oder bei Sanitätsdiensten das Leben ihrer
122 Mitbürger*innen, geben Geflüchteten Deutschunterricht, sorgen sich um eine
123 intakte Umwelt in ihrer Nachbarschaft, organisieren in Sportvereinen faire
124 Wettbewerbe, setzen sich für Gerechtigkeit ein und schaffen Räume der
125 demokratischen Mitgestaltung von jung bis alt. Diese Millionen machen jeden Tag
126 das, was zählt.

127 Dieses ehrenamtliche Engagement stiftet Gemeinsinn, schafft Verständnis für ein
128 Miteinander, Zusammenhalt und Zuversicht durch das eigene Wirken. Deswegen
129 stehen diese Engagierten und Aktiven besonders im Fokus der Rechten, die
130 Ehrenamtler*innen einschüchtern, bedrohen oder körperlich verletzen. Die Rechten
131 nehmen stets zuerst die sichtbar Engagierten ins Visier und die vermeintlich
132 Schwachen, Geflüchtete beispielsweise, Menschen mit Behinderungen, queere
133 Menschen, trans* Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder
134 Andersdenkende. Sie schüren Ängste und Feindseligkeit und wollen Freiheiten

135 zurückdrehen. Aber sie meinen damit nicht nur einzelne Gruppen, sondern die
136 gesamte Gesellschaft, wie wir sie kennen. Jeder Ausdruck von Freiheit ist in
137 ihrem Blickfeld, jede Kreativität, jeder Unternehmergeist. Damit wollen sie uns
138 alle schwächen. Das werden wir nicht zulassen.

139 Hier müssen die EU und die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und die
140 erfolgreichen Antirassismus-Programme auch nach 2025 fortsetzen. Wir treten
141 entschlossen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ein. Dazu gehört es
142 auch, dass wir Barrieren abbauen und daran arbeiten, dass unsere Parlamente die
143 Vielfalt unserer Gesellschaft besser widerspiegeln - auch im Europäischen
144 Parlament gibt es hier Nachholbedarf, besonders bei der Repräsentation von
145 Menschen mit Migrationsgeschichte und anderen Gruppen. Das ist eine Aufgabe
146 aller demokratischen Parteien, der auch wir uns mit dem Vielfaltsstatut
147 annehmen. Damit kräftigen wir die Demokratie, besonders angesichts von
148 Spaltungsversuchen der extremen Rechten.

149 Frauenrechte in Gesellschaften sind ein Gradmesser für die Demokratie. Besonders
150 sichtbar wird das derzeit in Europa beim Thema Schwangerschaftsabbrüche. Als
151 Partei, deren Wurzel auch in der Frauenbewegung liegt, stehen wir klar für den
152 europaweiten Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen und der
153 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein. Deshalb unterstützen wir die
154 Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechtecharta zu
155 verankern.

156 **Gemeinsam und klimaneutral unseren Wohlstand erneuern**

157 Wir dagegen wollen eine Politik gestalten, mit der die Kreativität,
158 Schaffenskraft und Innovationen der Europäer*innen den Wohlstand der EU
159 klimaneutral und zukunftsfest machen können. Deshalb treiben wir seit fünf
160 Jahren im Europaparlament und nun auch in der Bundesregierung den Green Deal
161 voran. Der Green Deal heißt für uns: Wir bündeln unsere Kräfte, um unseren
162 Wohlstand dauerhaft auf sichere Füße zu stellen. Denn die Klimakrise, das
163 Schwinden der Artenvielfalt, die Umweltverschmutzung bedrohen unser Leben heute
164 und in Zukunft. Das haben die Menschen im Saarland und Rheinland-Pfalz im Mai
165 wieder einmal schmerzhaft erleben müssen, als das Hochwasser die Eigenheime und
166 Wohnungen von Zehntausenden beschädigt hat, als Lebensgrundlagen zerstört und
167 Existenzen bedroht wurden. Wer den Schutz dieser Güter ernst nimmt, muss den
168 Kampf gegen die Klimakrise ernst nehmen. Dazu gehört es auch, die Anpassung an
169 die bereits erfolgten Veränderungen voranzutreiben sowie den Katastrophenschutz
170 und den Schutz der Kritischen Infrastruktur zu verbessern.

171 Mit geeinten Kräften aber können wir die Herausforderung annehmen und dabei
172 Beschäftigung und gutes Auskommen schaffen, günstige Energiepreise, gesunde
173 Ernährung und komfortable Mobilität sichern. Diesen Weg wollen wir weitergehen.
174 Wir wollen machen, was zählt. Wir wollen den Green Deal weiter zum Erfolg führen
175 und Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Die CDU/CSU dagegen
176 schwankt. Sie versucht, viele entscheidende Bausteine zurückzudrehen und
177 gefährdet damit unseren wirtschaftlichen Erfolg, zu dem auch die Arbeit der
178 Kommission unter Ursula von der Leyen Wichtiges beigetragen hat. Nur eine Stimme
179 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine sichere Stimme für einen erfolgreichen Green
180 Deal.

181 Wir gehen den Weg nach vorne: Mit einem gemeinsamen europäischen
182 Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz wollen wir dafür

183 sorgen, dass unser Kontinent im Wettlauf mit China und den USA um die Branchen
184 der Zukunft vorn bleibt. Wir wollen damit eine Infrastrukturunion schaffen, die
185 Europa mit Schienen, Stromleitungen und Wasserstoffnetzen verbindet. Dabei
186 müssen wir unsere Lebensgrundlagen erhalten – die Klimakrise bremsen, für
187 sauberes Wasser, gute Luft und gesunde Lebensmittel sorgen. Auch deswegen ist
188 für uns klar: Wohlstand kann es nur geben, wenn wir den Weg zur Einhaltung der
189 Pariser Klimaziele konsequent weiter gehen.

190 Für den Erfolg des Green Deal brauchen wir aber nicht nur eine starke grüne
191 Fraktion in Brüssel. Wir brauchen starke Grüne in den Kommunen, die sich für
192 verlässlichen Nahverkehr und erneuerbare Energien in Bürgerhand, gute Schulen
193 und Kitas, für sichere öffentliche Räume einsetzen. Die demokratische Gestaltung
194 und das Wirken vor Ort braucht dafür ausreichende finanzielle, rechtliche und
195 strukturelle Handlungsspielräume und Flexibilität für die dort tätigen
196 Demokrat*innen.

197 Wir wollen den Green Deal zu einem Erfolg für alle machen. Denn Demokratie kann
198 nur funktionieren, wenn sie für Fairness sorgt und niemanden zurücklässt. Dafür
199 legt der European Green Deal die Grundlage, indem er Jobs und Wohlstand schafft.
200 Durch faire Löhne müssen die Menschen von den Früchten ihrer Arbeit und dieses
201 Wohlstands profitieren. Deshalb wollen wir durch verlässliche europäische
202 Mindeststandards allen Menschen Sicherheit geben und einem Wettlauf nach unten
203 vorbeugen.

204 In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß
205 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige
206 Integration in gute Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Dazu
207 gehören auch Arbeitslosenversicherungssysteme und die Stärkung der Rechte von
208 Arbeitssuchenden. Dies bedeutet auch eine Stärkung aller Arbeitnehmer*innen und
209 bietet ihnen Sicherheit. So fordern wir in Deutschland in Umsetzung der EU-
210 Richtlinie einen Mindestlohn von 14 Euro in diesem Jahr. Denn es braucht
211 Einkommen, mit denen alle auskommen. Um dies zu erreichen, brauchen die
212 Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards, die wir
213 weiterentwickeln wollen.

214 Darüber hinaus ist ein wirksamer Schutz für alle Arbeitnehmer*innen vor
215 Ausbeutung unerlässlich, weshalb wir europäische Hebel gegen
216 Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping stärker nutzen wollen. Wir
217 wollen Arbeitnehmer*innenrechte zu einem Schwerpunkt unserer sozialen Politik
218 machen, und zusammen mit Gewerkschaften, Sozialpartnern und Unternehmen
219 europaweit für gute Löhne, gesundheitsverträgliche Arbeitsbedingungen und
220 flexible Arbeitszeitmodelle kämpfen.

221 **Ein Europa, das schützt**

222 Dass sich die autoritären Regierungen in China und Russland die Rechtsextremen
223 in Europa zu ihren Partnern erkoren haben, ist kein Zufall. Denn ein
224 erfolgreiches, offenes und demokratisches Europa ist für sie die größte Gefahr.
225 Es zeigt, dass der freie Wettstreit der Ideen, das friedliche Zusammenleben der
226 Völker, der Zusammenhalt von Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen
227 für ein besseres Leben sorgt. Es widerlegt ihre Rhetorik von Hass und
228 Ausgrenzung, es entzieht ihrer Gewalt die Legitimation.

229 Deshalb müssen wir Europas Freiheit verteidigen. Denn die Institutionen der EU,
230 ihre Standards, ihre Geschichte sichern die Freiheit der Menschen. Angesichts
231 der Bedrohungen von innen und außen muss die Europäische Union sich zu einer
232 echten Sicherheitsunion weiterentwickeln. Sie muss auch die militärische
233 Bedrohung ernstnehmen, die mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine für
234 viele Europäer*innen zur blutigen Realität geworden ist. Denn ein starkes Europa
235 bedeutet ein sicheres Deutschland.

236 Die Europäische Union muss sich zugleich verteidigen können und sich als
237 Friedensmacht global für Frieden und Sicherheit einsetzen. Deswegen müssen wir
238 auch hier unsere Kräfte bündeln. Wir müssen tun, was zählt, um dieser Bedrohung
239 gemeinsam die Stirn zu bieten. Auch für diese Sicherheitsunion brauchen wir
240 einen Schulterschluss der demokratischen Kräfte, den Schulterschluss derjenigen,
241 denen es um die Sicherheit und das Wohlergehen der Europäer*innen geht.

242
243 Die Werte der Europäischen Union werden auch durch einen menschenwürdigen
Umgang
244 mit Geflüchteten verteidigt. Deshalb kämpfen wir für eine Europäische Union, die
245 den Schutz von Menschenrechten verteidigt, das Völkerrecht achtet und das Recht
246 auf Asyl garantiert. Modelle, die Asylverfahren auf Länder außerhalb der EU
247 auslagern, wie beispielsweise nach Albanien oder Ruanda, können kein Vorbild
248 sein. Sie sind nicht nur praxisfern und teuer, sondern auch inhuman. Auch ist es
249 zweifelhaft, ob sie mit der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für
250 Menschenrechte vereinbar sind. Es ist inhuman, Menschen gegen ihren Willen in
251 ein Land zu bringen, in dem sie nie zuvor gewesen sind und zu dem sie keine
252 Verbindung haben. Der Schutz der Menschenwürde sowie das Asylrecht zählen zu den
253 Grundrechten in der Europäischen Union und in Deutschland, zu denen wir uns auch
254 völkerrechtlich verpflichtet haben. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine
255 Errungenschaft, die - wie die EU selbst - nicht zuletzt auf den Lehren von zwei
256 Weltkriegen beruht. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dieses historische
257 Erbe zu bewahren.

258 **Machen was zählt: Von Brüssel nach Heilbronn, von Harburg bis nach Görlitz**

259 Am 9. Juni geht es darum, ob wir als Europäer*innen die vor uns stehenden
260 Herausforderungen angehen und damit unsere Demokratie sichern - oder ob wir
261 isoliert vor ihnen einknicken. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass dies
262 kein einfacher Weg ist: Es ist der Weg des Ringens um Kompromisse, von Erfolgen
263 und Rückschlägen. Aber es ist der richtige Weg, der einzige Weg, der Europa
264 stärker macht. Er macht Mut und Zuversicht, die wir in Deutschland brauchen und
265 die wir brauchen, um Europa voranzubringen.

266 Bei dieser Wahl geht es darum, wie wir unsere Demokratie und unseren Wohlstand
267 sichern. Es geht aber auch um ein Signal, dass die Demokrat*innen gemeinsam die
268 Bedrohung unserer europäischen Lebensweise, von Demokratie, Freiheit,
269 Rechtsstaatlichkeit zurückdrängen können. Es geht um die Frage, wer wir als Land
270 sein wollen, wer wir als Europäer*innen sein wollen.

271 Eine Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Stimme für das Machen, was zählt,
272 für Freiheit und Frieden, für Wohlstand und Klimaschutz. Für Demokratie.

Beschluss (vorläufig) Geschäftsordnung des Parteirats

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.06.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 (1) Der Parteirat berät den Bundesvorstand, koordiniert die Arbeit zwischen den
2 Gremien der Bundespartei, den Fraktionen, Regierungsmitgliedern und den
3 Landesverbänden zwischen den Sitzungen des Länderrates und plant gemeinsame
4 politische Initiativen. Zur Ausführung seiner Aufgaben kann der Parteirat
5 Beschlüsse fassen. (Satzung § 17 Abs. 1)
- 6 (2) Der Parteirat wird vom Bundesvorstand unter Angabe der Tagesordnung in der
7 Regel fünf Tage vor der Sitzung einberufen. Zu einer außerordentlichen Sitzung
8 tritt der Parteirat zusammen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder oder der
9 Bundesvorstand dies verlangen.
- 10 (3) Die Parteivorsitzenden leiten im Regelfall die Sitzungen. Die
11 Parteiöffentlichkeit kann von den Sitzungen ausgeschlossen werden. Der Parteirat
12 kann Gäste einladen.
- 13 (4) Es gilt eine generelle Redezeitbegrenzung von drei Minuten.
- 14 (5) Beschlüsse fasst der Parteirat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen,
15 sofern nicht die Satzung des Bundesverbandes anderes vorschreibt. Er ist
16 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- 17 (6) Die Beschlüsse des Parteirates werden protokolliert (Bundesgeschäftsstelle).
18 Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn zwei Wochen nach Verschickung kein
19 Mitglied des Parteirates widersprochen hat.
- 20 (7) Der Parteirat kann Arbeitsgruppen einrichten. Sie sind mit einem bestimmten
21 Auftrag für einen bestimmten Zeitraum zu benennen.
- 22 (8) Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz
23 entsprechend.
- 24 Beschlossen auf der Parteiratssitzung am 12.2.24; lt. Satzung § 16 (4) , zu
25 bestätigen auf der Länderratssitzung am 1.6.24 in Potsdam

Beschluss (vorläufig) Wahl EGP-Delegierte

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.06.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Zum Kongress (Congress) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE
- 2 GRÜNEN insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Wir schlagen dem Länderrat
- 3 vor, folgende Personen zu delegieren.
- 4 Zum Verfahren: Die vorgeschlagenen Personen wurden jeweils aus den
- 5 entsprechenden Gremien und Organen nominiert. Eine Vorstellung der benannten
- 6 Personen findet nicht statt. Der Länderrat bestätigt die Vorschläge – wie auch
- 7 in den vergangenen Jahren – in einer öffentlichen Abstimmung über den Antrag.
- 8 Die Delegierten der Deutschen Gruppe im Europaparlament werden nach der
- 9 Konstituierung des neuen Europaparlaments bestimmt und bei der BDK diesen
- 10 November bestätigt.
- 11 Zwei Delegierte des **Bundesvorstands:**
- 12 Pegah Edalatian, Emily Büning
- 13 Vier Ersatzdelegierte des Bundesvorstandes:
- 14 Omid Nouripour, Ricarda Lang, Heiko Knopf und Frederic Carpenter
- 15 Eine Delegierte der **BAG Europa:**
- 16 Kathleen Wabrowetz
- 17 3 Ersatzdelegierte der BAG Europa:
- 18 Torben Wöckner, Amelie Kupitz, Christian Beck
- 19 Eine Delegierte der **Grünen Jugend:**
- 20 Lena Zehne
- 21 Eine Ersatzdelegierte der Grünen Jugend:
- 22 Viviane Triems
- 23 Eine Delegierte der deutschen **Gruppe im Europaparlament:**
- 24 [Wird nach der Konstituierung des neuen Europaparlaments besetzt]
- 25 Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:
- 26 [Wird nach der Konstituierung des neuen Europaparlaments besetzt]
- 27 Ein Delegierter der **Bundestagsfraktion:**
- 28 Anton Hofreiter
- 29 4 Ersatzdelegierte der Bundestagsfraktion:
- 30 Chantal Kopf, Sabine Grützmaker, Robin Wagener, Michael Sacher

EK-01 Machen was zählt, vor Ort und in Europa

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.05.2024
Tagesordnungspunkt: EK Machen, was zählt! Europa- und Kommunalwahlen

Antragstext

1 Es erscheint uns heute als Selbstverständlichkeit, dass am 9. Juni rund 400
2 Millionen Menschen in 27 Ländern in freien Wahlen ein gemeinsames Parlament
3 wählen können. Doch diese Gewissheit, das feste Fundament unseres gemeinsamen
4 Europa, wurde uns nicht geschenkt, sondern hart erarbeitet – heute muss es
5 verteidigt werden. Mutige Frauen und Männer haben vor weniger als achtzig Jahren
6 begonnen, es zu errichten. Sie haben es auf den Trümmern errichtet, die
7 Fanatismus, Nationalismus und Krieg unserem Kontinent beschert haben. Dass wir
8 in Deutschland, das diese Verwüstungen zu verantworten hatte, heute sicher in
9 Freiheit, Frieden und Wohlstand leben können, verdanken wir dem europäischen
10 Fundament.

11 Doch dieses ist ohne Demokratie nicht denkbar. Das vereinigte Europa hat
12 Demokratie gesichert, wo Unrecht und Unterdrückung herrschten, zunächst in
13 Deutschland und Italien, dann in Spanien, Portugal und Griechenland, zuletzt vor
14 dreißig Jahren in Staaten Mittel- und Osteuropas wie etwa Polen oder Rumänien.
15 Heute ist die blaue Flagge mit den zwölf Sternen für die Menschen, die in der
16 Ukraine, in Georgien oder in Bosnien um ihre Demokratie kämpfen, das Symbol für
17 diesen Traum, der ein Traum von einem besseren Leben ist.

18 Die AfD und ihresgleichen wollen diesen Traum zerstören. Sie wollen die
19 Gewissheiten zerstören, die Europa erfolgreich gemacht haben. Denn sie leben von
20 den Ängsten und Sorgen der Menschen. Deshalb greifen sie das Fundament der
21 europäischen Demokratie an. Deshalb wollen sie die Freiheit beschneiden. Deshalb
22 wollen sie spalten.

23 „Es liegt in der Natur der europäischen Zusammenarbeit, die Freiheit zu
24 bestärken, deren Wert sich oft erst dann erschließt, wenn man sie verloren hat.“
25 Das sagte Simone Veil bei der Eröffnung des ersten direkt gewählten Europäischen
26 Parlaments im Jahr 1979. Spätestens seit dem Treffen Rechtsextremer in Potsdam
27 im Januar 2024 wird deutlich, wie die AfD, wie die Rechten unsere Gesellschaft
28 und unseren Zusammenhalt zerstören wollen. Sie sind offen rassistisch und
29 vertreten ein völkisches Weltbild, das Bevölkerungsgruppen ausschließt und ihnen
30 damit ihre Bürgerrechte und ihre Freiheit abspricht. Damit zerstören sie das
31 Grundprinzip der Demokratie: dass alle Bürger*innen die gleichen Rechte haben,
32 dass jeder Mensch vor dem Gesetz gleich ist. Es ist klar, was auf dem Spiel
33 steht: Wir könnten alles verlieren, was wir durch die EU gewonnen haben.

34 Millionen von Menschen in Deutschland in ganz Europa demonstrieren daher seit
35 Monaten, dass sie angesichts einer erstarkten Rechten den Wert der Freiheit
36 verteidigen wollen. Bei der Wahl am 9. Juni gilt es, diese Bewegung von der
37 Straße an die Wahlurne zu bringen – und in die Parlamente, in Brüssel und in
38 zahllosen Städten und Gemeinden im ganzen Land. Denn die Zukunft unserer
39 europäischen Demokratie wird nicht nur in Brüssel und Straßburg, in Luxemburg

40 und Warschau verhandelt, sondern auch in Stadtparlamenten, Kreistagen und
41 Gemeinderäten in Dessau oder Landstuhl, in Potsdam oder Konstanz.

42 Bei dieser Wahl treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, ihren Beitrag zum Schutz des
43 demokratischen Fundaments der EU zu leisten. Wir treten an, es zu schützen und
44 zu stärken – und darauf eine Politik der Mutes, der Zuversicht und des
45 Zusammenhalts zu bauen. Eine Politik, die macht, was zählt.

46 Wir treten dafür an, den Weg des immer engeren Zusammenwachsens der
europäischen
47 Völker – der im EU-Vertragswerk festgeschriebenen „Ever Closer Union“ –
48 weiterzugehen. Dieser Weg hat uns seit fast achtzig Jahren einen stetig
49 wachsenden Wohlstand, mehr Freiheit und einen dauernden Frieden beschert. Wir
50 schützen die europäische Demokratie nicht zuletzt, indem wir sie wirksam werden
51 lassen, indem wir mit ihrer Hilfe Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Frieden
52 mehren.

53 Denjenigen, die statt Einigkeit Spaltung, statt Lösungen Unversöhnlichkeit,
54 statt Europa Nationalismus wollen, stellen wir uns in voller Überzeugung
55 entgegen. Und wir stehen dabei nicht allein. Wir stehen dabei in einem Bündnis
56 mit den vielen Menschen auf der Straße, mit den Vereinen und Unternehmen,
57 Gewerkschaften und Initiativen, die diese Bewegung tragen. Wir werben bei ihnen
58 um Unterstützung für unsere Positionen. Selbstverständlich aber stehen wir in
59 diesem kritischen Moment auch an der Seite all derjenigen, mit denen wir um
60 Positionen und Lösungen streiten, gleichwohl aber das Bekenntnis zum Streit in
61 einer lebendigen Demokratie teilen. Es ist die Stunde des Bündnisses aller
62 demokratischen Kräfte.

63 **Demokratisch und europäisch vorgehen**

64 Deswegen ist für uns klar: Eine Koalition mit rechten Europafeinden darf es
65 nicht geben – in der EU ebenso wenig wie in Deutschland. Die Brandmauer unseres
66 europäischen Hauses ist keine Verhandlungsmasse. Das beinhaltet die Bildung
67 einer Mehrheit sowohl mit der ID-Fraktion (Identität und Demokratie) als auch
68 mit der EKR-Fraktion (Europäische Konservative und Reformen) im Europäischen
69 Parlament. In beiden Fraktionen sammeln sich rechtsextreme Parteien. Die
70 Rechtsextremen in Europa wollen uns alle schwächen: Sie tragen nicht die
71 Anliegen der Europäer*innen im Herzen, sondern die Interessen von Diktaturen im
72 Geldbeutel. Die Europäische Volkspartei muss sich entscheiden, ob sie in der
73 Tradition pro-europäischer Konservativer wie Robert Schuman oder Alcide de
74 Gasperi mit gebündelten Kräften der Demokratie die Herausforderungen unserer
75 Tage angehen oder mit den Kräften der nationalistischen Isolation die EU
76 aushöhlen und damit die Chancen für unseren Kontinent untergraben will.

77 Um das demokratische Fundament der EU zu sichern, brauchen wir
78 Kompromissfähigkeit und Zusammenhalt. Dafür steht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für
79 dieses demokratische Fundament steht unsere Partei nicht zuletzt auch in der
80 Tradition von Bündnis 90 und der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und Osteuropa,
81 die unter großem persönlichen Einsatz Freiheit und Demokratie vor 35 Jahren in
82 der friedlichen Revolution erstritten hat. Wir stehen für eine Koalition der
83 Zuversicht, die das Leben der Menschen spürbar besser macht. Dafür wollen wir
84 nach der Wahl Verantwortung übernehmen.

85 Wir nehmen die Bedrohung der Demokratie in all ihren Facetten in den Blick. Dazu
86 zählt auch die Einflussnahme von außerhalb, insbesondere Russlands und Chinas,
87 die nicht zuletzt über ihre Verbindungen zu den rechtsextremen Parteien in der
88 EU ausgeübt wird. Wir kämpfen dafür, dass Korruption und Einflussnahme in den
89 europäischen Institutionen konsequent zurückgedrängt werden. Durch eine
90 europäische Nachrichtendienstagentur wollen wir die Kräfte der europäischen
91 Mitgliedstaaten gegen Sabotage, Spionage, Desinformation und Destabilisierung
92 von außen bündeln.

93 Vor allem aber wollen wir diejenigen schützen, die die Demokratie jeden Tag aufs
94 Neue zum Leben erwecken, sei es im Europäischen Parlament, in den Stadträten
95 oder am Wahlkampfstand. Es braucht umfassende, praxistaugliche Schutzkonzepte,
96 die einen sicheren Wahlkampf ermöglichen. Dazu zählt, dass die Polizei in der
97 Fläche präsent ist und entsprechende Schwerpunkte setzt. Die Innenminister*innen
98 von Bund und Ländern stehen hier in der Verantwortung. Denn der offene
99 Meinungsaustausch, die Diskussion und der faire Streit im öffentlichen Raum sind
100 Kernelement der Demokratie, die wir unbedingt verteidigen müssen.

101 Das ist besonders für all diejenigen von Bedeutung, die die Demokratie Tag für
102 Tag vor Ort leben, indem sie sich ehrenamtlich für die Belange unserer
103 Gemeinschaft einsetzen. Millionen in unserem Land ringen in langen Nächten in
104 Gemeinderäten darüber, wie ihr Dorf oder ihre Stadt lebenswerter werden kann,
105 schützen in Freiwilligen Feuerwehren oder bei Sanitätsdiensten das Leben ihrer
106 Mitbürger*innen, geben Geflüchteten Deutschunterricht, sorgen sich um eine
107 intakte Umwelt in ihrer Nachbarschaft, organisieren in Sportvereinen faire
108 Wettbewerbe, setzen sich für Gerechtigkeit ein und schaffen Räume der
109 demokratischen Mitgestaltung von jung bis alt. Diese Millionen machen jeden Tag
110 das, was zählt.

111 Dieses ehrenamtliche Engagement stiftet Gemeinsinn, schafft Verständnis für ein
112 Miteinander, Zusammenhalt und Zuversicht durch das eigene Wirken. Deswegen
113 stehen diese Engagierten und Aktiven besonders im Fokus der Rechten, die
114 Ehrenamtler*innen einschüchtern, bedrohen oder körperlich verletzen. Die Rechten
115 nehmen stets zuerst die sichtbar Engagierten ins Visier und die vermeintlich
116 Schwachen, Geflüchtete, trans* Personen, Andersdenkende. Aber sie meinen damit
117 die gesamte Gesellschaft, wie wir sie kennen. Jeder Ausdruck von Freiheit ist in
118 ihrem Blickfeld, jede Kreativität, jeder Unternehmergeist. Damit wollen sie uns
119 alle schwächen. Das werden wir nicht zulassen.

120 **Gemeinsam und klimaneutral unseren Wohlstand erneuern**

121 Wir dagegen wollen eine Politik gestalten, mit der die Kreativität,
122 Schaffenskraft und Innovationen der Europäer*innen den Wohlstand der EU
123 klimaneutral und zukunftsfest machen können. Deshalb treiben wir seit fünf
124 Jahren im Europaparlament und nun auch in der Bundesregierung den Green Deal
125 voran. Der Green Deal heißt für uns: Wir bündeln unsere Kräfte, um unseren
126 Wohlstand dauerhaft auf sichere Füße zu stellen. Denn die Klimakrise, das
127 Schwinden der Artenvielfalt, die Umweltverschmutzung bedrohen unser Leben heute
128 und in Zukunft. Das haben die Menschen im Saarland und Rheinland-Pfalz im Mai
129 wieder einmal schmerzhaft erleben müssen, als das Hochwasser die Eigenheime und
130 Wohnungen von Zehntausenden beschädigt hat, als Lebensgrundlagen zerstört und
131 Existenzen bedroht wurden. Wer den Schutz dieser Güter ernst nimmt, muss den
132 Kampf gegen die Klimakrise ernst nehmen. Dazu gehört es auch, die Anpassung an

133 die bereits erfolgten Veränderungen voranzutreiben sowie den Katastrophenschutz
134 und den Schutz der Kritischen Infrastruktur zu verbessern.

135 Mit geeinten Kräften aber können wir die Herausforderung annehmen und dabei
136 Beschäftigung und gutes Auskommen schaffen, günstige Energiepreise, gesunde
137 Ernährung und komfortable Mobilität sichern. Diesen Weg wollen wir weitergehen.
138 Wir wollen machen, was zählt. Wir wollen den Green Deal weiter zum Erfolg führen
139 und Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Die CDU/CSU dagegen
140 schwankt. Sie versucht, viele entscheidende Bausteine zurückzudrehen und
141 gefährdet damit unseren wirtschaftlichen Erfolg, zu dem auch die Arbeit der
142 Kommission unter Ursula von der Leyen Wichtiges beigetragen hat. Nur eine Stimme
143 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine sichere Stimme für einen erfolgreichen Green
144 Deal.

145 Wir gehen den Weg nach vorne: Mit einem gemeinsamen europäischen
146 Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz wollen wir dafür
147 sorgen, dass unser Kontinent im Wettlauf mit China und den USA um die Branchen
148 der Zukunft vorn bleibt. Wir wollen damit eine Infrastrukturunion schaffen, die
149 Europa mit Schienen, Stromleitungen und Wasserstoffnetzen verbindet. Dabei
150 müssen wir unsere Lebensgrundlagen erhalten – die Klimakrise bremsen, für
151 sauberes Wasser, gute Luft und gesunde Lebensmittel sorgen. Auch deswegen ist
152 für uns klar: Wohlstand kann es nur geben, wenn wir den Weg zur Einhaltung der
153 Pariser Klimaziele konsequent weiter gehen.

154 Für den Erfolg des Green Deal brauchen wir aber nicht nur eine starke grüne
155 Fraktion in Brüssel. Wir brauchen starke Grüne in den Kommunen, die sich für
156 verlässlichen Nahverkehr und erneuerbare Energien in Bürgerhand, gute Schulen
157 und Kitas, für sichere öffentliche Räume einsetzen. Die demokratische Gestaltung
158 und das Wirken vor Ort braucht dafür ausreichende finanzielle, rechtliche und
159 strukturelle Handlungsspielräume und Flexibilität für die dort tätigen
160 Demokrat*innen.

161 Wir wollen den Green Deal zu einem Erfolg für alle machen. Denn Demokratie kann
162 nur funktionieren, wenn sie für Fairness sorgt und niemanden zurücklässt. Dafür
163 legt der European Green Deal die Grundlage, indem er Jobs und Wohlstand schafft.
164 Durch faire Löhne müssen die Menschen von den Früchten ihrer Arbeit und dieses
165 Wohlstands profitieren. Deshalb wollen wir durch verlässliche europäische
166 Mindeststandards allen Menschen Sicherheit geben und einem Wettlauf nach unten
167 vorbeugen. So fordern wir in Deutschland in Umsetzung der EU-Richtlinie einen
168 Mindestlohn von 14 Euro in diesem Jahr. Denn es braucht Einkommen, mit denen
169 alle auskommen.

170 **Ein Europa, das schützt**

171 Dass sich die autoritären Regierungen in China und Russland die Rechtsextremen
172 in Europa zu ihren Partnern erkoren haben, ist kein Zufall. Denn ein
173 erfolgreiches, offenes und demokratisches Europa ist für sie die größte Gefahr.
174 Es zeigt, dass der freie Wettstreit der Ideen, das friedliche Zusammenleben der
175 Völker, der Zusammenhalt von Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen
176 für ein besseres Leben sorgt. Es widerlegt ihre Rhetorik von Hass und
177 Ausgrenzung, es entzieht ihrer Gewalt die Legitimation.

178 Deshalb müssen wir Europas Freiheit verteidigen. Denn die Institutionen der EU,
179 ihre Standards, ihre Geschichte sichern die Freiheit der Menschen. Angesichts

180 der Bedrohungen von innen und außen muss die Europäische Union sich zu einer
181 echten Sicherheitsunion weiterentwickeln. Sie muss auch die militärische
182 Bedrohung ernstnehmen, die mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine für
183 viele Europäer*innen zur blutigen Realität geworden ist. Denn ein starkes Europa
184 bedeutet ein sicheres Deutschland.

185 Die Europäische Union muss sich zugleich verteidigen können und sich als
186 Friedensmacht global für Frieden und Sicherheit einsetzen. Deswegen müssen wir
187 auch hier unsere Kräfte bündeln. Wir müssen tun, was zählt, um dieser Bedrohung
188 gemeinsam die Stirn zu bieten. Auch für diese Sicherheitsunion brauchen wir
189 einen Schulterschluss der demokratischen Kräfte, den Schulterschluss derjenigen,
190 denen es um die Sicherheit und das Wohlergehen der Europäer*innen geht.

191 **Machen was zählt: Von Brüssel nach Heilbronn, von Harburg bis nach Görlitz**

192 Am 9. Juni geht es darum, ob wir als Europäer*innen die vor uns stehenden
193 Herausforderungen angehen und damit unsere Demokratie sichern - oder ob wir
194 isoliert vor ihnen einknicken. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass dies
195 kein einfacher Weg ist: Es ist der Weg des Ringens um Kompromisse, von Erfolgen
196 und Rückschlägen. Aber es ist der richtige Weg, der einzige Weg, der Europa
197 stärker macht. Er macht Mut und Zuversicht, die wir in Deutschland brauchen und
198 die wir brauchen, um Europa voranzubringen.

199 Bei dieser Wahl geht es darum, wie wir unsere Demokratie und unseren Wohlstand
200 sichern. Es geht aber auch um ein Signal, dass die Demokrat*innen gemeinsam die
201 Bedrohung unserer europäischen Lebensweise, von Demokratie, Freiheit,
202 Rechtsstaatlichkeit zurückdrängen können. Es geht um die Frage, wer wir als Land
203 sein wollen, wer wir als Europäer*innen sein wollen.

204 Eine Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Stimme für das Machen, was zählt,
205 für Freiheit und Frieden, für Wohlstand und Klimaschutz. Für Demokratie.

V-01 Geschäftsordnung des Parteirats

Gremium: Bundesvorstand - Parteirat
Beschlussdatum: 29.04.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 (1) Der Parteirat berät den Bundesvorstand, koordiniert die Arbeit zwischen den
2 Gremien der Bundespartei, den Fraktionen, Regierungsmitgliedern und den
3 Landesverbänden zwischen den Sitzungen des Länderrates und plant gemeinsame
4 politische Initiativen. Zur Ausführung seiner Aufgaben kann der Parteirat
5 Beschlüsse fassen. (Satzung § 17 Abs. 1)
- 6 (2) Der Parteirat wird vom Bundesvorstand unter Angabe der Tagesordnung in der
7 Regel fünf Tage vor der Sitzung einberufen. Zu einer außerordentlichen Sitzung
8 tritt der Parteirat zusammen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder oder der
9 Bundesvorstand dies verlangen.
- 10 (3) Die Parteivorsitzenden leiten im Regelfall die Sitzungen. Die
11 Parteiöffentlichkeit kann von den Sitzungen ausgeschlossen werden. Der Parteirat
12 kann Gäste einladen.
- 13 (4) Es gilt eine generelle Redezeitbegrenzung von drei Minuten.
- 14 (5) Beschlüsse fasst der Parteirat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen,
15 sofern nicht die Satzung des Bundesverbandes anderes vorschreibt. Er ist
16 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- 17 (6) Die Beschlüsse des Parteirates werden protokolliert (Bundesgeschäftsstelle).
18 Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn zwei Wochen nach Verschickung kein
19 Mitglied des Parteirates widersprochen hat.
- 20 (7) Der Parteirat kann Arbeitsgruppen einrichten. Sie sind mit einem bestimmten
21 Auftrag für einen bestimmten Zeitraum zu benennen.
- 22 (8) Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz
23 entsprechend.
- 24 Beschlossen auf der Parteiratssitzung am 12.2.24; lt. Satzung § 16 (4) , zu
25 bestätigen auf der Länderratssitzung am 1.6.24 in Potsdam

V-02 Wahl EGP-Delegierte

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.05.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Zum Kongress (Congress) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE
- 2 GRÜNEN insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Wir schlagen dem Länderrat
- 3 vor, folgende Personen zu delegieren.
- 4 Zum Verfahren: Die vorgeschlagenen Personen wurden jeweils aus den
- 5 entsprechenden Gremien und Organen nominiert. Eine Vorstellung der benannten
- 6 Personen findet nicht statt. Der Länderrat bestätigt die Vorschläge – wie auch
- 7 in den vergangenen Jahren – in einer öffentlichen Abstimmung über den Antrag.
- 8 Die Delegierten der Deutschen Gruppe im Europaparlament werden nach der
- 9 Konstituierung des neuen Europaparlaments bestimmt und bei der BDK diesen
- 10 November bestätigt.
- 11 Zwei Delegierte des **Bundesvorstands:**
- 12 Pegah Edalatian, Emily Büning
- 13 Vier Ersatzdelegierte des Bundesvorstandes:
- 14 Omid Nouripour, Ricarda Lang, Heiko Knopf und Frederic Carpenter
- 15 Eine Delegierte der **BAG Europa:**
- 16 Kathleen Wabrowetz
- 17 3 Ersatzdelegierte der BAG Europa:
- 18 Torben Wöckner, Amelie Kupitz, Christian Beck
- 19 Eine Delegierte der **Grünen Jugend:**
- 20 Lena Zehne
- 21 Eine Ersatzdelegierte der Grünen Jugend:
- 22 Viviane Triems
- 23 Eine Delegierte der deutschen **Gruppe im Europaparlament:**
- 24 [Wird nach der Konstituierung des neuen Europaparlaments besetzt]
- 25 Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:
- 26 [Wird nach der Konstituierung des neuen Europaparlaments besetzt]
- 27 Ein Delegierter der **Bundestagsfraktion:**
- 28 Anton Hofreiter
- 29 4 Ersatzdelegierte der Bundestagsfraktion:
- 30 Chantal Kopf, Sabine Grützmaker, Robin Wagener, Michael Sacher